Stand: 19.11.2025 04:57:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5407

"Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5407 vom 25.02.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6076 des BI vom 25.03.2015
4. Beschluss des Plenums 17/6290 vom 22.04.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.02.2015 **Drucksache 17/5407**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Versprechen halten!
Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, kleinen Gymnasien, die die „Mittelstufe Plus“ umsetzen, mit dem kommenden Schuljahr 2015/2016 einen erhöhten Budgetzuschlag zu gewähren, um damit aufgrund der abweichenden Stundentafeln möglicherweise auftretende Engpässe in der Unterrichtsversorgung in der Einstiegsphase des neunjährigen Bildungsgangs zu beheben und um damit kleinere Gruppenbildungen zu ermöglichen und so die Zweigdifferenzierung auch in der Mittelstufe Plus abbilden zu können.

Begründung:

Die Informationsmaterialien zu Modalitäten des Auswahlverfahrens und den Rahmenbedingungen für die Pilotphase der „Mittelstufe Plus“, die auf den Schulleiterdienstbesprechungen vom 19. bis 22. Januar 2015 zur Kenntnis gegeben wurden, setzen fest, dass jedes Gymnasium – unabhängig von der Größe – lediglich vier Anrechnungsstunden für die Projektleitung und -begleitung erhält. Die Klassenbildung soll im Rahmen des regulären Budgets erfolgen, das alle Schulen erhalten, ob sie nun die „Mittelstufe Plus” anbieten oder nicht. Erschwerend wird auch eingeschränkt, dass es im Rahmen der „Mittelstufe Plus“ zu keinen zusätzlichen Klassen kommen darf. Diese so genannte „Klassenmehrung“ wird durch die Vorgaben ausgeschlossen. Da notwendige Rahmenbedingungen wie die Stundentafel und die Stoffverteilung immer noch nicht vorhanden sind, ist an kleinen Schulen zu erwarten, dass vor allem in den Kernfächern ein erhöhter Bedarf an Lehrerstunden entstehen wird, der teilweise nicht durch die jeweilige Schule gedeckt werden kann. Aufgrund der genannten Punkte ist es vor allem für kleine und meist ländliche Gymnasien schwierig, die verlängerte Mittelstufe organisatorisch hinsichtlich der Zweigdifferenzierung sowie auf sicherer Grundlage und mit hoher Qualität umzusetzen.

Sowohl Staatsminister Dr. Spaenle als auch Staatssekretär Eisenreich sind sich dieser Problematik bewusst und haben sich bereits hinsichtlich erhöhter Budgetzuschläge für kleine Gymnasien geäußert: So spricht Kultusminister Dr. Spaenle in der Plenardebatte am 23. Oktober 2014 davon, dass die zweijährige Pilotphase „unter Berücksichtigung der jeweiligen Standortsituation“ diskutiert werden müsse, um das bayerische Gymnasium „in ländlichen Räumen mit denselben Chancen wie in Ballungsräumen anbieten“ zu können. Unmissverständlich äußert sich Staatssekretär Eisenreich in der BR-Sendung „Jetzt red i“ am 1. Oktober 2014: Auf die Frage wie denn das „Mittelstufe Plus“-Konzept an kleinen Gymnasien umsetzbar sein solle, sagt Eisenreich wörtlich: „Und zusätzlich muss es dazu auch mehr Lehrer geben. Und das müssen wir dann übers Budget, also über erhöhtes Budget an den kleinen Gymnasien dann auch ermöglichen. Und das werden wir auch tun!”

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

te nicht gleiche oder ähnliche Begrifflichkeiten verwenden wie diejenigen, die wir bekämpfen wollen. Er sollte alles unterlassen, was anknüpfungsfähig ist für die Feinde unserer toleranten demokratischen Gesellschaft und was Antisemitismus, Islamophobie, Rassismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit salonfähig macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er oder sie sollte den Begriff des christlich-jüdischen Abendlandes aus dem aktiven Wortschatz streichen. Eine christlich-jüdische Symbiose, die in eine irgendwie geartete Leitkultur dieses Landes mündete, gab es in Deutschland nie. Eine jahrhundertelange Tradition der Verfolgung, Diskriminierung und Pogrome in Deutschland und anderen europäischen Staaten gegen Juden und Jüdinnen bestimmt viel mehr das historische Bild des christlich-jüdischen Verhältnisses. Die Berufung auf die Werte des christlich-jüdischen Abendlandes blendet sowohl die deutsche Geschichte des Antisemitismus als auch den gegen Migranten und Migrantinnen gerichteten Rassismus aus. Zudem wird für eine säkularisierte Gesellschaft ein omnipräsenter religiöser Identitätsbezug hergestellt, der mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr übereinstimmt.

Neben der ausgrenzenden Wirkung gegenüber allen, die nicht dem Christlich-Jüdischen zuzuordnen sind, wird aber auch die jüdische Kultur und Religion wieder mit Zuweisungen versehen. So schreibt der ehemalige Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland Salomon Korn, dass in dieser Debatte und der um das christlich-jüdische Abendland den Juden wieder eine Rolle zugewiesen werde, die er als "Funktionsjude" umreißt. Er sagt, die Deutschen brauchen die anderen, um zu sagen, wer sie selbst sind oder sein könnten. Neuerdings würden die "Funktionsjuden" in die christlich-jüdische Kulturdebatte inkorporiert, um gemeinsam gegen den neuen Fremden, den Islam, anzugehen.

Diese Gedanken, Kolleginnen und Kollegen, finden sie gut und verständlich ausgeführt in einem Artikel von Marcus Meier in der Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" aus dem Jahr 2013 unter dem Titel "Fallstricke bei der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus".

Also bitte, verabschieden wir uns alle, verabschieden Sie sich vom christlich-jüdischen Abendland. Diese Debatte heute zeigt, dass wir alle miteinander noch einen weiten Weg vor uns haben, hin zu einer Gesellschaft ohne Rassismus und ohne Antisemitismus. In unserem Land ist Menschenwürde das höchste Gut, die Würde jedes Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Menschenrechte und die Demokratie sind unsere Werte. Dazu gehört die Religionsfreiheit. In dieser Gesellschaft sollte es kein "Wir und die anderen" mehr geben, sondern nur noch ein "Wir" -

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

wir Juden und Jüdinnen, wir Moslems und Muslima, wir Christen und Christinnen, wir Konfessionslose, wir Atheisten und Atheistinnen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5405 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf mich beim Hohen Haus, bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr, sehr herzlich bedanken für dieses Signal nach draußen, nicht nur an die Menschen in Bayern, sondern auch darüber hinaus. Danke schön!

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5406 bis 17/5412 sowie 17/5436 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten
(Drs. 17/3194)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit und wie sie sich auf die Fraktionen verteilt, ist bekannt. Als Erster darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Krieg, Gewalt und Vertreibung machen weltweit unzählig vielen Menschen, vielen Familien mit Kindern, das Leben zur Hölle. Flucht erscheint vielen als der einzige Ausweg. Meine Kolleginnen und Kollegen, die Ver-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.03.2015 **Drucksache 17/6076**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**5407**

Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Felbinger**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 25. Sitzung am 5. März 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 61. Sitzung am 25. März 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.04.2015 **Drucksache 17/6290**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**5407**, 17/**6076**

Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummern 16 und 24 der Anlage zur Tagesordnung. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus/eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern" auf der Drucksache 17/5334, der auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER einzeln beraten werden soll, und der Antrag der Abgeordneten Arnold, von Brunn, Ruth Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquellen ... und Nachtzielgeräten ... für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problemgebieten" auf der Drucksache 17/5142, der auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich, anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015
Vf. 3-VIII-15 betreffend
Meinungsverschiedenheit zwischen den Antragstellerinnen
   1. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag,
   2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

   und den Antragsgegnerinnen
   1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
   2. Bayerische Staatsregierung

   über die Frage, ob § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzt
PII/G1310.14-0012
Drs. 17/6166 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015
Vf. 4-VIII-15 betreffend
Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin

SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzen.
PII/G1310.14-0012
Drs. 17/6164 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichtes – Erster Senat – vom 9. März 2015
1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13, 1 BvR 1874/13 betreffend Verfassungsbeschwerden

   – gegen das Gesetz zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin – SpielhG Berlin) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
   – gegen § 2 Abs. 1 und 3; § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3; § 5 Abs. 1; § 6 Abs. 1 bis 4, Abs. 6 bis 8; § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und 4; § 7 Abs. 1 Nr. 2, 4 bis 7, 9 bis 14 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin - SpielhG Bln) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
   – gegen § 29 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Satz 1 GlüStV und Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayAGGlüStV (einjährige Übergangsregelung für nach dem 28. Oktober 2011 nach § 33i GewO genehmigte Spielhallen)
   – gegen
     a) das in Art. 1 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 156 ff.,
     b) das in Art. 5 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Saarländische Spielhallengesetz (SSpielhG), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 171 ff.

PII/-G1320.13-0003
Drs. 17/6167 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
II. Die Verfassungsbeschwerden sind unbegründet.
III. Die Stellungnahme fertigt der Abgeordnete Jürgen W. Heike.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Inklusion jetzt: Schulbegleitung überarbeiten
Drs. 17/3693, 17/6071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zusätzlicher Aufwand durch das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung
Drs. 17/3714, 17/6050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Ruth Waldmann, Annette Karl u.a. SPD
Einführung landesweit verbindlicher, einheitlicher Standards für Querungsstellen im öffentlichen Verkehrsraum
Drs. 17/4397, 17/5832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Umsetzung des Nationalen Krebsplans – Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots
Drs. 17/4487, 17/6055 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Übernahme der kommunalen Kosten für Kindertageseinrichtungen bei der Betreuung von Kindern von Asylsuchenden
Drs. 17/4505, 17/5874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Videoüberwachung an Schulen
Drs. 17/4690, 17/6072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU
Bericht zum LehrplanPLUS Gymnasium
Drs. 17/4702, 17/6073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag zum angekündigten 10.000 Häuser-Programm der Bayerischen Staatsregierung
Drs. 17/4720, 17/6067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rückbau der Gleisanlagen der Sinntalbahn verhindern und Sinntalbahn nicht von eisenbahnbetrieblichen Zwecken freistellen
Drs. 17/5029, 17/5833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und Sexualerziehung in Bayern
Drs. 17/5035, 17/6077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung
Drs. 17/5125, 17/6056 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum Zustimmung zugrunde zu legen.

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Weihnachtsgans mit gutem Gewissen – Kennzeichnung von Gänsefleisch vorantreiben
Drs. 17/5135, 17/6042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquellen (KLQ) und Nachtzielgeräten (NZG) für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problemgebieten
Drs. 17/5142, 17/6048 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Perspektive der standortnahen Atommüllzwischenlager in Bayern nach der Aufhebung der Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel
Drs. 17/5191, 17/6044 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Volker Bauer, Robert Brannekämper u.a. CSU
Eigene Rubrik im Familienpakt Bayern: Männer in der Arbeitswelt
Drs. 17/5196, 17/5876 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
G7-Gipfel: „Kein Bürger soll auf Schäden sitzenbleiben“
Drs. 17/5227, 17/6015 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	ENTH

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Alphabetisierungsatlas für Bayern vorlegen
Drs. 17/5229, 17/6074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sonderrechte für Rettungsdienst und Notarzt in der StVO – Umsetzung in Bayern
Drs. 17/5230, 17/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen
Drs. 17/5304, 17/6143 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anspruch auf Zuerkennung eines MODUS-Status
Drs. 17/5306, 17/6078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus / eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern
Drs. 17/5334, 17/6079 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verursacher lärminduzierter Gesundheitsschäden durch Fluglärm an Behandlungskosten beteiligen
Drs. 17/5335, 17/6057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u.a. CSU
Ausbildung in der Altenpflege – Ausbildungsumlage einführen
Drs. 17/5338, 17/6058 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Ambulante medizinische Versorgung außerhalb der normalen Praxisöffnungszeiten: verlässliches Angebot für die Patienten – finanzieller Ausgleich für Krankenhäuser
Drs. 17/5340, 17/6059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Klaus Steiner u.a. CSU
Laubholzbockkäfer effektiv bekämpfen
Drs. 17/5341, 17/6049 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU
Bericht zum LehrplanPLUS
Drs. 17/5345, 17/6075 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag des Abgeordneten Michael Brückner CSU
Erweiterung des Berichts über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung um einen Forecast
Drs. 17/5346, 17/6141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner CSU
Verbesserung des Pflegesystems durch Abbau von Bürokratie – Übernahme von Kosten für den Transport zu ambulanter medizinischer Versorgung nach Feststellung der Notwendigkeit durch den behandelnden Arzt
Drs. 17/5347, 17/6060 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Einrichtung des gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V ermöglichen
Drs. 17/5379, 17/6061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen
Drs. 17/5407, 17/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Keine unverhältnismäßigen Abholzungen in von ALB-betroffenen Gebieten
Drs. 17/5431, 17/6046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechte indigener Bevölkerung schützen – ILO-169-Übereinkommen ratifizieren
Drs. 17/5484, 17/6142 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Französisch als zweite Fremdsprache auch musischen Gymnasien ermöglichen
Drs. 17/5489, 17/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Ausbau der Bundesautobahn A 3 / Realisierung A 94
Drs. 17/5494, 17/6069 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

38. Antrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
S-Bahn Haltepunkte Forchheim Nord
Drs. 17/5522, 17/6070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bauunterhalt und Sanierung staatlicher Gebäude
Drs. 17/5611, 17/5974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD
Grundstockvermögen des Freistaats Bayern offenlegen
Drs. 17/5624, 17/5975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen
Drs. 17/5012, 17/5875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat